

SANTIAGO N. PRONO

**Deliberative Demokratie.
Einige Annäherungen an das Problem
von Konsens vs. Konflikten¹**

Einleitung

Von K.-O. Apel und J. Habermas, kann man mit Recht sagen, dass sie zwei Philosophen sind, die zur Entwicklung und Grundlage der Perspektive der kommunikativen Rationalität beigetragen haben. In diesem Sinne, haben sie auf den Grundlagen der Diskursethik und der Theorie der kommunikativen Rationalität verschiedene Beiträge zur politischen Philosophie wie die Theorie der deliberativen Demokratie, und auch über den Rechtsstaat geschrieben. Aus dieser Perspektive, ist die Frage nach der Begründung und Konsolidierung der demokratischen Systeme des Rechtsstaats, die auf der Grundlage eines angemessenen Wiederaufbaus der praktischen Philosophie liegt, ein wichtiger Kontext für die Anwendung dieses Standpunkt der Vernunft, besonders in der Rahmen der politischen Philosophie durch die Theorie der deliberativen Demokratie. Nichtsdestoweniger, seit mehreren Jahren, aber vor allem in den letzten, sind viele Werke veröffentlicht worden, die die Unmöglichkeit der Anwendung einer solchen politischen Theorie für den Wiederaufbau der Demokratie unterstreichen. Der Grund ist, dass die politischen Debatten und die zeitgenössischen pluralistische Demokratien im Wesen Konflikt seien, und die Möglichkeit der Thematisierung der Politik aus der Sicht des Konsens verhindert, was eine wichtige Kennzeichnung der deliberativen Politik ist.

Meiner Meinung nach, und wegen der steigenden Anzahl dieser Kritiken, sollten wir sie aufklären weil sie auf bestimmten Missverständnissen beruhen. Nach meines Erachtens gibt es eine interne Beziehung zwischen dem Grundsatz des Prinzips des Diskurs und dem Grundsatz des Prinzips der Demokratie. Außerdem ist es unter dieser Perspektive auch möglich, und nötig, dass man die Konsolidierung und den Aufbau der Institutionen des demokratischen Systems entwickeln kann, um ihre Fehler oder Abweichungen zu korrigieren. Ohne dies würde der Diskurs der politischen Philosophie keine Wirksamkeit und theoretischen Gültigkeit mehr haben.

¹ Ich habe diese Arbeit während ein Aufenthalt im Institut für Philosophie der Freie Universität Berlin mit ein Stipendium von Deutsche Akademischer Austausch Dienst geschrieben. Ich wünsche besonders Prof. Dr. D. Böhler für alle seine wichtige kritische Überlegungen über die Thesen dieser Arbeit zu bedanken. Ich habe auch die Themen dieser Artikel mit Dr. P. Brune diskutiert, zu wem ich auch für seine wertvollen Kommentare dankbar bin.

Aber all dies ist noch nachzuweisen.

Im Lichte dieser Debatte, in diesem Artikel wünsche ich die deliberativen Demokratie als passendste Theorie zu verteidigen, um sie in zeitgenössischen politische Gesellschaften zu anwenden. Und das wegen begrifflich-moralische Gründen. Außerdem, möchte ich auch rechtfertigen, dass die Kritiken, die wir hier analysieren werden, nicht richtig, über die Voraussetzungen ein solcher politisch- philosophische Theorie überlegt sind.

Ich schlage vor, diese Arbeit in vier verschiedene und sich ergänzende Teile aufzuteilen. In dem ersten Teil nehme ich eine Einleitung in die deliberativen Demokratie vor (1.), danach werde ich einige Kritiken an ihr analysieren (2.). Letztlich, und als Konter-Strategie um gegen diese Kritiken widerstehen zu können, möchte ich (3.a) die Perspektive der Diskurspragmatik benutzen (aber natürlich in einer ganz allgemeiner Weise). Der Grund: nach meinem Erachten kann die Aufdeckung der Voraussetzungen der argumentativer Diskurs die Idee begründen, nach denen im Kontext kommunikativer Gegenseitigkeit, aber auch in Politik, ein besonders Art der Konsens ist Bedingung der Möglichkeit aller kommunikativen Beziehung um Geltungsanspruch zu erheben. Das Bedeutet dass in Demokratie, der Konsens, nicht die Konfrontation am wichtigsten ist. Schließlich (3.b) auf dieser Basis möchte ich die Theorie der deliberativen Demokratie analysieren, um sie mit den Kritiken zu konfrontieren. Die Schlußbetrachtung (4.) es ist nur eine Zusammenfassung über das was analysiert wird, der versucht zeichnen, wie die ausgestellte Argumente mit der erlangte Schlüsse sich Verbinden.

1. Deliberative Demokratie und Wiederaufbau der Politik.

Die Theorie deliberativer Demokratie ist ein Rechtsfertigungsmodi politischen Handelns. In diesem Sinne ist der Austausch der Meinungen durch argumentativen Debatten im politischen Kontext, was in den öffentlichen Räume der Politik die Legitimation oder Nichtlegitimation der Regierung (und ihre Entscheidungen) unterstützt. Diese politische Theorie beruht, einerseits, auf den Regeln der Argumentation, die vom Standpunkt der Pragmatik der Sprache wiederaufgebaut wird, und auf diesem Basis, andererseits, adoptiert diese Theorie eine Verfahrensperspektive um die Entscheidungen nehmen zu können, die nicht versucht es, zu beschreiben, sondern den Weg vorzuschreiben, auf den dieselben Beschlüsse angenommen werden sollen: intersubjektivische Verfahren der Austausch der vernünftige Argumenten. So wird diese philosophisch-politische Theorie

der Demokratie im Kriterium (der Rechtfertigung) die Gültigkeit der politischen Entscheidungen eingesetzt. Das setzt ein Gebrauch der Vernunft voraus, der natürlich sich orientiert nach dem Konsens: „deliberative Demokratie bedeutet, dass weder die Summe von Einzelwillen noch ein 'allgemeiner Wille' die Quelle der Legitimation ist, sondern der Prozess der diskursiv-argumentativen, deliberativen Formierung einer stets nur vorläufigen und revidierbaren, allgemein begründeten politischen Entscheidung“².

Im Lichte diese Perspektive, man kann feststellen dass wenn wir vermeiden wollen, dass in den postmodernen Gesellschaften die Regel des Gesetzes und der Demokratie, zu bloßen strategischen Praxen degenerieren, die nur die Befriedigung von egoistischen Interessen mit den sich ergebenden Auswirkungen auf die Legitimität der Institutionen suchen, dann müssen die Normen, die in diesen Gebieten adoptiert werden auf der Grundlage der freien und öffentlichen Argumente gegründet sein. In anderen Wörtern, die Geltungsansprüche die erhoben werden, z.B. um die bestmöglicher Inhalt eine spezifischer Norm finden zu können, müssen auf dem Basis der argumentativer Diskurs geprüft werden. Und dies als Bedingungsinstanz um die Gültigkeit der Beschlüsse zu begründen.

Selbstverständlich, akzeptiert dieser Begriff deliberativer Demokratie dass es eine Spannung zwischen eine faktische und eine ideale Perspektive der Politik gibt, d.h., zwischen die tägliche Praxis zeitgenössischen Demokratien, einerseits, und wie eine solche Praxis sein müsste, andererseits. Viel mehr, wir müssen akzeptieren dass die Politik, auf faktischer Ebene, sich nicht mit dem Konsens identifiziert, weil fast immer im Parlament, z.B., nur die strategischen Rationalität ein Primat hat (die nicht die Gültigkeit oder die Wahrheit sucht, sondern nur das eigenen Interessen zu befriedigen). Man muss dies unterstreichen und es wiederholen. Auf dieser Weise, erteilt dieser Begriff deliberativer Demokratie auch eine wichtige Rolle an die Verhandlungsstrategie, *aber* immer als ein untergeordneter Teil zum Argument als grundlegender Aspekt der Rationalität, die vernünftige Verständigungen sucht, nicht nur weil es eine Bedingung der Möglichkeit der strategischen Rationalität ist (ein Minimum an Konsens im Sinne einer linguistischer Verständigung ist notwendig, um unsere Standpunkte zu verstehen und zu diskutieren), sondern auch weil es die Gültigkeit des Entscheidungsprozesses hilft (Debatten und Mehrheit können nicht eine neutrale Lösung sein, wenn sie allein auf strategischen Gesprächen begründet sind -Ich werde Unten auf diesem Thema zurückkommen).

² Manin, B.; zit. In Forst, R.; *Kontexte der Gerechtigkeit*, Frankfurt, Suhrkamp, 1994, S. 192.

Wie wir später sehen, verlangt diese Vision des demokratischen Prozesses Gegenseitigkeit für die Rechtfertigung der Vorschläge aller Mitglieder. In diesem Sinne, können wir sagen dass die Demokratie, *praktiziert auf Grundlage des rationalen Diskurses*, das politische System ist, was am besten die Idee der Legitimität, und damit auch den Anwendungsbereich des Prinzips der kommunikativen Rationalität als regulative Idee darstellt, d.h., im Sinne von Kant, als ein Horizont, der unsere politische Handlungen und Beschlüsse führen soll. Trotzdem, gibt es ein Problem, das noch entstehen könnte: ob diese Perspektive deliberativer Politik in einer Welt erreichbar wäre, die vor allem von strategisch - ideologischen Systemen von Interessen und Macht regiert ist, und in der die Politiker sich bemühen, instrumentalen Gebrauch von der Vernunft und der Sprache als Medium für ihre eigenen Zwecke von Herrschaft und Manipulation der Partner zu machen. Deswegen ist es notwendig zwecks Analyse über einige Kritiken nachzudenken, und ich hoffe, den Begriff deliberativer Demokratie aufzuklären und damit die Anwendung dieses Prinzips im demokratischen Staatsrecht besser beurteilen zu können.

2. Einigen Kritiken.

Im Allgemeinen kann man sagen dass für diese Einwände eine Theorie deliberativer Demokratie nicht gültig ist, weil sie nicht möglich ist, sich in Politik anzuwenden. Doch gibt es einen sehr großen Zweifel über die Anwendung dieser Perspektive der Vernunft, und über ihr Entscheidungsverfahren; besonders im Rahmen der Politik und des Rechtes. Der Konflikt, den wir in der Politik immer wieder finden können, wird von verschiedenen zeitgenössischen politischer Philosophen angenommen, um ihre Kritiken zu begründen. Ein Beispiel ist J. Rancière. Er glaubt, dass der Konflikt der Interessen eigentlich ein Kennzeichen der Politik ist, und daher behauptet er dass die Suche des Konsens die politische Subjektivität verhindert, und sein Verschwinden fördert, weil diese Perspektive in der Politik Synonym aller Unterschiedsaufhebungen ist. Tatsächlich, behauptet dieser französischer Philosoph dass der konsensualistischer System der Politik, der er mit der deliberativen Demokratie identifiziert, die Einheit der Gesellschaft sucht. Für ihn, ist das Problem mit dieser Theorie, dass es in der Politik nicht wichtig ist die Perspektive der Intersubjektivität, sondern die Perspektive des Subjektes³.

Rancière konzipiert die kommunikativen Rationalität und die Theorie deliberativer Demokratie aus der Sicht der "*Les lumières*", d.h. als ein naives Denken der Vernunft, und auch glaubt er dass diese Theorie voraussetzt, dass alle die politische Probleme endlich auf dem Basis der gute Wünsche

³ Rancière, J.; *La méésentente. Politique et philosophie*, Paris, 1995, Kapitels III u. V.

der Dialogspartner gelöst werden kann. Für dieser Philosoph, die Politik ist aber ganz anders: "[...] Dass dieser Anteil existiert, ist der eigentliche Einsatz der Politik, und es ist der Gegenstand des politischen Streits. Der *politische Konflikt* bringt nicht Gruppen als Inhaber verschiedener Interessen zueinander in Opposition. *Er stellt Logiken einander gegenüber*, die auf verschiedene Weise die Anteile und Teile der Gemeinschaft. [...] Der politisch Streit erstreckt sich auf der strittigen Existenz der Eigenen der Politik mit ihrer Zerlegung der Teile und Raume der Gemeinschaft". In anderen Wörter, "das Wesentliche der Politik ist die Demonstration des Dissens"⁴. In diesem Rahmen, der Dissens ist nicht die Konfrontation der Meinungen, sondern eine Demonstration eines wesentlichen Abstandes. Aus eben diesem Grund kann die Politik nicht im Modell des kommunikativen Handelns aufgehen: "ist das Eigene des politischen Dissens aber, dass die Partner nicht festgesetzt sind und ist auch nicht der Gegenstand und die Bühne der Diskussion. Wer zu Gesicht bringt, dass er einer gemeinsamen Welt angehört, die der andere nicht sieht, kann sich nicht auf die implizite Logik irgendeiner Pragmatik der Kommunikation berufen"⁵.

In diesem Kontext, kann man sagen, dass der permanente Gegenstand des Streites gerade das ist, was die Politik konstituiert. Natürlich, auf diesem Basis der Konsens ist die Reduktion und die Annullierung der Subjekte und der politischen Gemeinschaft. Der Konsens, endlich, bedeutet das Ende der Politik, und die Philosophen die die Gültigkeit deliberativer Demokratie behaupten, sie behaupten auch (als Theoretiker der Rückkehr der Politik) in Wirklichkeit ihre Tilgung⁶.

Schließlich ist nach Rancière der Versuch eine Brücke zu errichten zwischen dem Konsens, oder dem Glauben, dass das (es) in der Politik möglich ist, einerseits, und nach der Mehrheit (*pluralité*) der politischen Perspektiven, andererseits, weder nötig noch möglich.

A. Touraine hat eine ähnliche Einstellung. Dieser Philosoph bestätigt auch dass die Konflikte unüberwindlich sind, und ist auch der Meinung dass sie genau das sind, was die Demokratie bedeutet. In diesem Sinne, behauptet Touraine auch dass die Perspektive des Subjektes ist, was ein positivistischer Inhalt zur Demokratie bewilligt. Die Kommunikation, besonders in der Politik, ist vor allem eine Konfrontation, und er glaubt dass die habermasianischer Theorie der Demokratie der Konflikt es nicht akzeptiert wie sie sollte. Tatsächlich, argumentiert Touraine als ob die deliberative Demokratie unterstreicht, dass die politische und intersubjektive Argumentation *immer* ein Konsens finden muss, und wenn das nicht möglich ist, denn wäre ein solche Argumentation nicht gültig. Man muss nicht in ein

⁴ Rancière, J.; *Zehn Thesen zur Politik*, Berlin, Diaphanes, 2008, Ss. 28, 33, 35.

⁵ Ídem.; Ss.35-36.

⁶ Rancière, J.; 2008, S. 46.

allgemeiner Rationalismus glauben, als eine Suche nach der Wiederherstellung, der Herrschaft der Vernunft und eine Erweiterung der Geistes der Aufklärung. Deswegen glaubt Touraine, dass die kommunikative Rationalität nicht als zentrales Prinzip der politischen Koordination gültig ist⁷.

Der Fall von Ch. Mouffe ist nicht ganz anders. Wie die Anderen glaubt sie auch, dass der Konflikt grundlegend für die Beziehungen zwischen den Menschen ist. Für sie charakterisiert auch der Konflikt nicht nur eine empirische Ebene, sondern liegt auch der Logik der Demokratie inne. Eigentlich, unterstreicht Mouffe, dass die Perspektive des Konsens, zu Apathie und zu Willenlosigkeit in der Politik führt. In einer pluralistischen Demokratie kann man nicht erwarten, einen Vernünftigkeitenskonsens in der Gesellschaft zu erreichen. Das Gegensätzliche bedeutet den Willen einen Totalitarismus aufzuerlegen⁸.

Bei den angelsächsischen Philosophen wie z.B. M. Walzer, zeigen Probleme in der Politik wie Bildung, Organisation, Mobilisierung, Demonstrationen, Korruption, und, über allem, die Ungerechtigkeiten, dass die Perspektive der deliberativen Demokratie nicht angewendet werden können, weil sie nur eine Utopie darstellt⁹. In der Tat, meint Walzer auch, dass die deliberative Demokratie die Vorherrschaft des Konfliktes ignoriert. In der Politik gibt es verschiedenen Konflikten, wie die Streiten zwischen Links und Rechts, für denen es sehr schwierig ist, eine Lösung finden zu können; aus dieser Sicht könnten wir auch die ethnische oder Rassenkonflikte anzeigen. Für diese faktische-politische Probleme, behauptet Walzer dass er keine Chance oder Möglichkeit für eine gültige Antwort durch das Deliberation finden kann.

I. Shapiro ist auch der Meinung, dass diese Konzeption der Demokratie etwas naiv wäre, weil die Politik nur aus Interessen und Macht besteht. In diesem Kontext versichert der Philosoph dass die Politiker Wörtern statt Gewehrketten schliessen. Weiterhin glaubt Shapiro, dass die Diskurse die Unterschiede zwischen den Menschen unterstreichen¹⁰.

⁷ Touraine, A.; *Crítica de la modernidad*, Buenos Aires, 1994, S. 319 ff. Natürlich, dieser Sinne der "politische Koordination" hat überhaupt nichts zu tun mit einer administrativen oder bürokratischen Dimension der Staat. Diese Wörter, müssen hier einverstanden werden, als die Art in der die politische Akteure sich zu einander beziehen.

⁸ Mouffe, Ch.; *La paradoja democrática*, Barcelona, 2003, *En torno a lo político*, Buenos Aires, 2007.

⁹ Walzer, M.; "Deliberation, and What Else?", in Macedo, S.; *Deliberative Politics. Essays on 'Democracy and Disagreement'*, New Cork, O.U.P., 1999, S. 58 ff.

¹⁰ Shapiro, I.; "Enough of Deliberation. Politics is about Interests and Power", in Macedo, S.; 1999, S. 28 ff. In diesem Kontext, und schließlich, könnten wir hier S. Fish erwähnen, für wen die Voraussetzungen argumentativer Diskurs, und auch deliberativer Demokratie, die Möglichkeit der Austausch der Argumenten annullieren. Vgl. Fish, S.; "Mutual Respect as Device of Exclusion", in Macedo, S.; 1999, S. 88 ff.

Im Lichte aller diesen Kritiken würde die deliberative Demokratie nicht die richtige politische Perspektive für eine demokratische Regierung sein.

3. Deliberative Demokratie. Einige wichtige Aufklärungen.

Am erste, man muss sagen, dass diese Theorie der Demokratie der Konflikt nicht streite ab, weil sie ein Grundsatz-Konflikt, sozusagen, auf faktische Ebene der Politik akzeptiert. Das ist klar. Aber es behauptet auch, dass der Konflikt nicht der *Originalmodus* der kommunikativen Gegenseitigkeit ist, auch in Politik. Wegen dieser Spannung zwischen eine empirische und eine begriffliche Perspektive der Demokratie, und als erste (und wichtige) Stufe um diese Kritiken widerlegen zu können, analysiere ich (Kurz) im folgenden die Perspektive der diskurspragmatischen Rekonstruktion des Dialogs.

3.a

Die Vernunft ist der Maßstab aller Geltung, und sie ist sozial und kommunikativ weil ein einzelnes Subjekt auf Grund seines Geltungsanspruch immer schon eine kontrafaktische Kommunikationsgemeinschaft voraussetzt, mit der es die Geltung seiner Argumente vergleichen könnte¹¹.

Diese Perspektive der Vernunft, in deren Rahmen der methodische Solipsismus der modernen und transzendentalen Philosophie des Subjekts veraltet ist, schlägt eine Erweiterung der traditionellen Konzeption der Sprache und der Rationalität vor, konzipiert dies im semantisch – referentiellen Sinne auf der einen Seite, und im logisch-mathematischen auf der anderen Seite. So ist ein einziges Subjekt auf Grund seines Bewusstseins (Kant - Husserl) nicht qualifiziert für die Thematisierung und für die Überlegung eines Problems, das kann man nur mit Hilfe von einer rekonstruktiven Erklärung der Argumentationsvoraussetzung der kommunikativen Verständnisses durch die Sprache machen¹². Hier steht dann das Problem der Rationalität: der pragmatische Umkreis der intersubjektiven Kommunikation. Natürlich braucht man für all dies mindestens schon eine *Konvention* über die Regeln der Sprache, um denken und diskutieren zu können, weil andernfalls keine Verständigung und Rede möglich wäre. Und der Grund für denen ich „*Konvention*“ betont habe, ist dass obwohl diese Art der Zustimmung (der Vereinbarung) nicht ein Ergebnis einer Verfahren der Austausch der Argumenten ist, ist es doch schon wichtig, um den Primat des Konsens über den Konflikt unterstreichen

¹¹ Ich komme weiter unten hierauf zurück.

¹² Vgl. Apel, K.-O.; „Sprachliche Bedeutung, Wahrheit und normative Gültigkeit. Die soziale Bindekraft der Rede im Lichte einer transzendentalen Sprachpragmatik“, in *Archivo di Filosofia*, Anno LV, 1987, Ss. 51-88.

zu können. Das ist genau was die Kritiker versichern um dieser Theorie der Demokratie anzugreifen.

Dafür meine ich, dass es ist wichtig über die Perspektive der Transzendentalpragmatik der Sprache nachdenken.

Freilich, wir können durch transzedentalpragmatische Reflexion auf die Präsuppositionen des primordialen Diskurses bestimmen, dass wir im ernsthaften Argumentieren immer schon eine Ideal- und Realkommunikationsgemeinschaft voraussetzen, nicht nur im Sinne eines Auditoriums, das bereit ist, alle Argumenten zu verstehen, sondern auch im Sinne eines Raums, in dem die verschiedenen Ansätze vorgeschlagen und diskutiert werden. (Und ein solches Auditorium kann aber als mögliche Kritik gegen die Geltungsansprüche die wir durch die Sprache erheben, verstanden werden). Eigentlich hat *jeder* welcher die Rolle eines Denkenden als Argumentationspartner genommen hat, immer schon die universalistische Geltung der Gründe seiner Meinung beansprucht. Das ist was wir täglich machen, wenn wir den Diskurs benutzen. Aber wir denken dabei nicht über dieses Thema nach. Es geht um eine pragmatisch-kognitive Kompetenz, die wir realisieren, wenn wir eine Behauptung machen (und jedes Mal wenn wir einen Geltungsanspruch erheben). Zum Bedeutungsverstehen einer Handlungsorientierung, müssen wir diese Kompetenz benutzen um uns verständigen zu können. Dies tun wir freilich in ganz verschiedener Weise durch die Sprache, aber wir überlegen nicht. Im diesem Sinne meint z.B. W. Kuhlmann dass dieses Handlungswissen für uns halb explizit und halb implizit ist und sich im Halbdunkel befindet. "Das heißt, das System der Argumentation, das ein zusammenhängendes Ganzes ist, dessen einzelne Teile funktional wechselseitig aufeinander bezogen sind, liegt für uns zum Teil gut sichtbar im Licht, zum Teil weniger gut sichtbar im Halbdunkel"¹³. In diesem Sinne hat Apel auch behauptet, dass wir über die kontrafaktische Voraussetzung einer idealen Kommunikationsgemeinschaft (orientierten Teil A) sprechen dürfen, weil wir im Diskurs die Grundnormen der Diskursethik notwendigerweise bereits anerkannt haben¹⁴. Gewiss, „Argumente sind dann nicht, wie im modernen (syntaktisch-semantischen) Logikkalkül, unter Abstraktion von der pragmatischen Dimension zu verstehen, sondern immer zugleich als Sinn- und Geltungs-Ansprüche, die nur im interpersonalen Dialog expliziert und entschieden werden können“¹⁵.

¹³ Kuhlmann, W.; "Unhintergebarkeit und sog. 'Kurze Diskurse'". Vortrag gehalten im II Latinamerikanischer Kolloquien über Diskursethik, Rio Cuarto, Argentinien, 7-9 November 2007.

¹⁴ Apel, K.-O., „Diskursethik als Ethik der Mitverantwortung vor den Sachzwängen der Politik, des Rechts und der Marktwirtschaft“, im Apel und Burckhart, *Prinzip Mitverantwortung. Grundlage für Ethik und Pädagogik*, Würzburg, Königshausen & Neumann, 2001, S. 71.

¹⁵ Apel, K.-O.; *Transformation der Philosophie*, (Bd. 2): Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft; Frankfurt, Suhrkamp, 1999, S. 401.

Aber, was mehr können wir nun präzisieren bei der kommunikativen Erfahrung für die transzendentalpragmatische Rekonstruktion der Voraussetzung des argumentativen Diskurses? Es scheint mir, dass man hier jetzt das Diskursprinzip überlegen muss, nach dem die Geltungsansprüche der Argumente auf der Basis eines dialogischen Verfahrens, mit nur Argumente und Gegenargumente geprüft werden sollen. Im Sinne der praktischen Diskurse geht es um ein Prinzip, das vorschreibt, dass die vorgeschlagenen Maximen bzw. Institutions-Normen daraufhin geprüft werden, ob sie in einer unbegrenzten Öffentlichkeit der Argumentierenden verallgemeinerbar wären¹⁶. Wenn der Diskurs nur theoretisch ist, ist er vor allem der Geltungsanspruch der Wahrheit, aber im praktischen Diskurs sind es die Geltungsansprüche der Wahrhaftigkeit – Glaubwürdigkeit und der Richtigkeit bzw. Legitimität von Normen und Handlungsweisen, die auf dem Spiel stehen (und auch die Verständlichkeit¹⁷). In beiden Fällen ist der Konsens das Kriterium, um ein Lösung zu finden, aber im praktischen Diskurs, muss man außerdem nicht nur die Interessen aller Teilnehmer berücksichtigen, sondern auch die Interessen aller möglichen Betroffenen durch die Anwendung der Norm, deren Gültigkeit diskutiert wird. Insgesamt sind diese Geltungsansprüche des argumentativen Dialogs, teils eine konstitutive Bedingung für Kommunikation, teils eine regulative Idee für Dialog und Kooperation.

Die Anwendung des Diskursprinzip, dass natürlich auch die Einverständnis mit der Pflicht, Argumente auszutauschen, erfordert, ist die Bedingung der Möglichkeit der Ergebnisgültigkeit dieses Verfahrens.

Um diesen Begriff vielleicht besser illustrieren zu können, halten wir ein Moment (erstens) im Fall des Solipsismus. Eine Verteidigung des Solipsismus wäre, einerseits selbst widersprüchlich, andererseits, dogmatisch. Es geht um einen pragmatischen Widerspruch, weil aus der Verteidigung des Solipsismus eine Kommunikationsgemeinschaft als Hintergrund seines Denkens und Bedingung der Möglichkeit aller Behauptungen immer schon (impliziert) vorausgesetzt hat. Insofern erfüllt das eine pragmatische Inkonsistenz zwischen der Bedeutung meines Ansatz, und was ich sagen will, wenn ich dieser selbst Ansatz ausspreche. Und seine Behauptung beansprucht, dass sie sich in der unbegrenzten Gemeinschaft der Vernunftwesen rechtfertigen könnte, und damit auch, dass sie eben diese unbegrenzte Argumentationsgemeinschaft zu seinem letzten Maßstab macht.

¹⁶ Apel, K.; Böhler, D.; Rebel, K.; *Funkkolleg. Studentexte 3: Praktische Philosophie/Ethik*, Weinheim und Basel, 1984, S. 859.

¹⁷ Alle diese Geltungsansprüche stehen immer in allen argumentativen Diskursen, aber im allgemeinen ist es nur einer, der vorherrscht. Vgl. Habermas, J.; „Was heißt Universalpragmatik?“ (1976), Böhler, D.; *Rekonstruktiv Pragmatik, Von der Bewusstseinsphilosophie zur Kommunikationsreflexion: Neubegründung der praktischen Wissenschaften und Philosophie*, Frankfurt, Suhrkamp, 1985, S. 175 ff.

Und es wäre auch dogmatisch, weil das einsame „Ich“ und sein vermeintes Wissen über ein Thema, ein unkritischer und ungeprüfter Maßstab der Gültigkeit seiner Behauptung wäre. Freilich, es ist nicht möglich (gültig), einen universalen Geltungsanspruch als richtig zu gerechtfertigt, ohne selbst Argumente und die Gründe für Meinungen der anderen auszutauschen und zu konfrontieren. Ein einzelnes Subjekt ist nicht in der Lage, die Interessen und Willen der anderen zu verstehen und zu kennen. In Wirklichkeit, wie ich oben angezeigt habe, setzt ein solipsistisches einsames Denken, immer wieder die unbegrenzte Kommunikationsgemeinschaft als Dialogpartner und Maßstab seiner Geltungsansprüche voraus, die es mit jedem Argument erhebt. In diesem Sinne, glaube ich, besteht Böhler, dass mit dem Behauptungsakt der Argumentierende gegenüber anderen einen Geltungsanspruch sich erhebt. Und „dadurch weckt er die *Erwartung*, dass er willens und fähig ist, diesen Anspruch im gemeinsamen Diskurs einzulösen“¹⁸.

Gegen die Perspektive des Solipsismus, stellt das Diskursprinzip sich als notwendige Instanz aller Möglichkeit, Geltungsansprüche zu erheben, dar, z.B. der Geltungsanspruch einer solchen Verteidigung, die die Gültigkeit des Solipsismus mit „Gründen“ behauptet, weil sie in diesem Fall das Diskursprinzip immer schon als Geltungsinstanz aller Begründung vorausgesetzt hat. Das ist der Sinn der Unhintergebarkeit des argumentativen Diskurses.

Auf dieser Basis, das können wir jetzt gleich sagen (zweitens) über den Fall des Skeptikers der Gültigkeit des Diskursprinzip, der nicht umhin kann, sich ihrer zu bedienen, ohne einen *Selbstwiderspruch* zu machen, und auch weil er um gegen den Diskurs argumentieren zu können, selbst den Diskurs benutzen muss. Wenn er argumentiert, übernimmt er die Rolle eines Diskurspartners, und damit tut er genau was er kritisieren will, d.h., nimmt er das Diskursprinzip als Geltungsprinzip für eine Perspektive zu rechtfertigen (z.B. derselben Meinung zu sein). Hier geht es aber um einen performativen Widerspruch der auf derselben pragmatischen Ebene liegt. Das ist der Sinne der transzendentaler Reflexion, mit denen wir feststellen können, dass etwas (das argumentativen Diskurs) nicht begründet werden kann, weil es die Bedingung der Möglichkeit aller Begründung ist¹⁹.

Dieses Ergebnis der Diskurspragmatik, dass sich nicht sinnvoll bezweifeln lässt, bedeutet wiederum, die *Unhintergebarkeit* des Diskursprinzips. Das ist etwas das wir nur bestimmen können, wenn wir eine reflexive Einstellung anwenden. Wie Böhler betont, ist das weder eine Hypothese einer theoretischen Rekonstruktion, noch eine subjektive Vermutung eines einsamen Gedankenexperimentators. Viel mehr ist es eine Rekonstruktion

¹⁸ Böhler, D.; 1985, S. 372.

¹⁹ Vgl. Apel, K.-O., 1999, S. 406, und 2001, S. 69 ff.

der Voraussetzungen unseres Wissen der Sprache, mit denen wir die Redeeinheiten zu einem sinnvollen Zusammenhang organisieren können. Und diese Voraussetzungen sind ein konstitutiver Teil auch der Kritiken selbst. So ist ein solches Wissen Bedingung der Möglichkeit der Verständigung, und es ist auch elementares intra-subjektives Faktum der kommunikativen Erfahrung. Das wäre der spezifische und höchste Punkt der Transzendentalpragmatik in dem Sinne einer argumentationsreflexiven Letztbegründung²⁰.

Diese Perspektive des argumentativen Diskurs setzt aber eine dialogisch und intersubjektive Dimension der Gegenseitigkeit voraus, die nicht auf dem Basis einer konfliktivischen Konfrontation, sondern einer linguistischer Verständigung gegründet werden kann, und dies als Bedingung der Möglichkeit, nicht nur aller eventueller Konsens, z.B., über inhaltlicher Normen, sondern auch aller mögliche politische Diskussion oder Meinungsverschiedenheit.

Meiner Meinung nach ist das genau die richtige Perspektive, um über Politik und Demokratie aus der Sicht deliberativer Demokratie nachdenken zu können, deren Kritikern ein „wesentlicher“ Konflikt aller politische Gegenseitigkeit unterstreichen.

3.b

Die kommunikative Rationalität ist die Bedingung der Möglichkeit der grundlegenden Vereinbarungen, und sie erfordert auch vernünftige Debatten zwischen den Parteien. Das ist eine der grundlegenden Eigenschaften der diskursiven Rationalität, die wir auf der Basis der reflexives Aufdecken der pragmatischen Dimension der Argumentation begründen können.

Aber vielleicht ist das bereits Gesagte nicht genug, wenn wir die zeitgenössische Politik aus der Sicht deliberativer Demokratie rekonstruieren wollen²¹. Selbstverständlich in einer *faktischen* Perspektive hat der Konflikt immer wieder ein Primat, nicht der rationale Konsens. Jedoch ist hier das Problem, dass die Kritiken gegen die begriffliche und nicht gegen empirische Ebene gerichtet sind. Die deliberative Demokratie schlägt keinen spezifischen Inhalt der Normen vor, sondern wie man handeln muss, um einen solchen bestmöglichen Inhalt der Normen zu finden. Der entscheidende Punkt ist, dass die Beteiligten beanspruchen, argumentieren zu dürften. Viel mehr, in diesem Raum müssen die argumentative Diskurse nicht nur im Sinne der Argumentation gehalten werden *könnten*, sondern auch gehalten werden *müssten*. Diese Theorie betont das Verfahren zur Begründung und zur Rechtfertigung aller Geltungsansprüche.

²⁰ Vgl. Böhler, D., 1985, S. 304, 308.

²¹ "Rekonstruktion" i. s. ein neue strukturierten Organisation.

Normalerweise ist der Konsens nicht möglich. In diesen Fällen braucht man ein Mehrheitsverfahren um die Beschlüsse nehmen zu können. Aber wenn es früher eine Deliberation gab, ist der Ergebnis dieses Verfahren natürlich besser als eine andere Situation, in der es keine Deliberation gab. Und die Entscheidungen, die als Ergebnis seiner Anwendung gemacht werden, sind natürlich wie die Vernunft fehlbar, nicht absolut, und müssen immer offen für mögliche Kritiken bleiben (man darf hier keine irreversiblen Handlungsweisen empfehlen). Das Prinzip deliberativer Demokratie setzt natürlich die Suche des Konsens durch die Austausch der Argumenten voraus, aber das bedeutet weder die Glaubwürdigkeit eines faktisches Konsens erhalten zu können, noch die Suche nach eine hermetisch geschlossene politische Einheit. Es beschreibt nur die Notwendigkeit ein argumentatives Verfahren zu benutzen, um die Inhalt politischer Beschlüsse zu begründen. Hier gehen wir von dem Umstand aus, dass das Demokratieprinzip ein Verfahren legitimer Rechtsetzung festlegen soll. Es besagt nämlich, dass nur die Gesetze legitime Geltung beanspruchen dürfen, die in einem ihrerseits verfassten diskursiven Prozess die Zustimmung aller Teilnehmer finden können²². Damit gilt, dass Legitimation nicht darin bestehen kann, Systemhandeln vor dem Hintergrund bestehender Werte nach dem Muster von Checklisten zu prüfen, sondern darin, Systeme an die Prozesse der Meinungs- und Willensbildung anzubinden. Das politische System kann aber kollektive Identität *nicht* herstellen. Der Pluralismus der posttraditionellen Gesellschaften spiegeln sich jedoch in kollektiven subkulturellen Lebensformen ab, und das setzt natürlich die Möglichkeit, ein Konsens nicht zu erreichen, aber das ist der Rationalitätsbezug einer demokratischer Rechtsordnung. Aus diesem Grund definiert Habermas Legitimität als die Anerkennungswürdigkeit einer politischer Ordnung: Legitimation dagegen beschreibt den Prozess der Generierung von Legitimität. Es ist nicht der Konsens selbst, der diese legitimierende Kraft erhält, sondern die Prozeduren möglicher Konsensbildung²³. Von diesem Perspektive, glaube ich, definieren A. Gutmann und D. Thompson die deliberativen Demokratie als eine Form der Regierung in der freie und gleiche Bürger (und ihre Vertreter), die Entscheidungen in einem Prozess rechtfertigen, in dem sie sich einander Gründe geben. Diesen Gründe sind gegenseitig annehmbar und im Allgemeinen zugänglich, und all dies mit dem Ziel ein Konsens finden zu können, der in der Zukunft vielleicht gewechselt werden kann²⁴.

²² Vgl. Habermas, J.; *Faktizität und Geltung, Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt, Suhrkamp, 1998, S. 141.

²³ Vgl. Habermas, J.; *Zur Rekonstruktion des Historisches Materialismus*, Frankfurt, 1976, Ss. 271, 278. Vgl. Auch Benhabib, S.; "Towards a Deliberative Model of Democratic Legitimacy", Ss. 67-94, in Benhabib, S. (Hrsg.), *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton, 1996.

Aus der Sicht der Legitimation als demokratischer Prozess, und als ein *ideales* Ziel, dass die *Entscheidungsverfahren* einer parlamentarischen Demokratie leiten soll, setzt meines Erachtens nach die Demokratie das Diskursprinzip als Bedingung der Gültigkeit demokratischer Verfahren voraus: der Diskurs kann, z.B., die mögliche Fehlerhaftigkeit jeglicher Normengewinnung identifizieren und einschränken. Das ist der Grund dafür das Institut der Mehrheitsbeschlüsse nicht das letzte Geltungsmaßstab sein kann (die Minderheit kann Recht haben)²⁵. Und dafür finde ich es richtig, dass in einer Demokratie die Diskurse eine relevante Rolle spielen müssten, als Geltungsinstanz für alle Beschlüsse. Und obwohl das nicht bedeutet, dass auf praktischer Ebene die Demokratie mit dem Diskursprinzip sich identifiziert (gründen sich z.B. die Politiknormen *niemals* allein auf die argumentative Rationalität praktischer Diskurse²⁶), muss man ein solches Prinzip jedesmal voraussetzen, dass ein Gesetz in den Debatten im Parlament besprochen wird. In einem allgemeinen Sinne könnten wir sagen, dass das ist, was die Verfassung vorschreibt, die ein ideal-normatives Kriterium ist, um die Institutionen zu leiten.

Die Demokratie bedeutet im Wesentlichen die freie Beteiligung aller möglichen betroffenen einer Gesellschaft, um über ihre eigenen Angelegenheiten zu entscheiden; das ist eine wesentliche Eigentümlichkeit aller demokratischen Ordnung, die durch Beteiligung des kommunikativen Verfahrens garantiert und realisiert wird. In diesem Zusammenhang, stellt die Demokratie aber eine Forderung dar: die Autonomie und Rechte der Bürger hoch zu achten und zu fördern.

Selbstverständlich, akzeptiere ich, dass in Politik nicht immer der Konsens über Inhaltlichenormen gemacht wird. Das ist klar. Tatsächlich glaube ich, dass in pluralistischen Gesellschaften und unter Pluralismusbedingungen Interessen und Wertorientierungen konfliktieren, die jeweils für die Identität des Gemeinwesens *nicht* mehr konstitutiv sein können. Aber ich glaube auch, dass es daher verstärkt über die Möglichkeit eines Interessenausgleichs *qua* Kompromissbildung geprüft werden muss. Pluralismus kann nur von einem starken Rechtsstaat stabilisiert werden; aber auch eine pluralistische Gesellschaft kann nicht ohne ein Mindestmaß an Übereinstimmung auskommen: je mehr pluralistisch eine Gesellschaft ist, je mehr müssen universalen die Prinzipien, auf denen es beruht, es sein²⁷. In diesem Sinne, man kann jetzt sagen, hat der Konsens i.S. Deliberationsregeln ein Primat

²⁴ Gutmann, A. und Thompson, D.; *Why Deliberative Democracy?*, Princeton, Princeton University Press, 2004, S. 7.

²⁵ Böhler, D.; 1984, Ss. 869-870.

²⁶ Vgl. Apel, K.-O.; 2001, S. 89.

²⁷ Vgl., Raz, J.; *Value, Respect and Attachment*, Cambridge University Press, 2004, Introduction.

über der Konflikt²⁸: auch der Streit um die konkrete Bestimmung des Charakters und der Identität einer politischen Gemeinschaft, setzt die Existenz einer solchen gemeinsamen Identität als Bezugspunkt und Gegenstand der Auseinandersetzung voraus²⁹.

Jedoch, und gegen die Kritiken, und besonders gegen Mouffe, die Theorie deliberativer Demokratie fördert aber nicht die Aufhebung der Unterscheidung, ganz anders, sie fokussiert auf die Debatten, den Austausch der Ideen durch Argumente, weil genau in diesem Ort, die Bedingung der Möglichkeit aller Rechtfertigung liegt, unter der die Legitimität der politische Entscheidungen zustandekommen ist. Und hierfür, müssen wir argumentieren, d.h. aber, wir brauchen eine dialogische Perspektive und die "Verständigung-Gegenseitigkeit". Das ist der begrifflicher Grund deliberativer Demokratie.

Natürlich sucht diese Theorie die Möglichkeit des Konsens zwischen allen solchen Betroffenen als Mittel für ihre eigenen Ziele zu erreichen, aber ob schließlich der Konsens erreicht wird oder nicht, es wäre ein anderes Problem. Man muss das richtig einverstanden werden.

Freilich kann es in der Politik zum Konflikt kommen, aber es kann nur dann angemessen verstanden und beschrieben werden, wenn die soziale Wirklichkeit der institutionsbezogenen Spielregeln des Verhaltens nicht ausgeblendet wird (Hier läge sozusagen, behauptet Apel, ein Mangel an soziologischer Aufklärung³⁰). Außerdem, und das ist der moralischer Grund dieser Theorie, ist der Austausch von Meinungen (denen es in politischen Konflikten immer wieder gibt) sehr wichtig in der Politik, weil er einen toleranten Staat und eine tolerante Regierung fördert³¹. Im Sinne deliberativer Demokratie, braucht die Politik natürlich den Konsens als Bedingung der Möglichkeit aller Debatten, und auch als Ziel dieser solchen Debatten. Aber die Suche eines *absoluten* oder *definitiven* Konsens, ist ein Synonym eine absolute Einheit erreichen zu wollen. Das ist gefährlich und unmoralisch in Politik. Die politische Einheit bedeutet in diesem Kontext Ausschluss, Intoleranz, und die Ausgeschlossen aller Unterschied und Dialog. Das ist genau der Kern des Faschismus (und auch von aller Diktatoren). Kein Diktator akzeptiert andere Meinungen, nur diese, die sich

²⁸ Vgl. Habermas, J.; *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt, 1996, S. 284, und auch 1998, S. 382. Vgl. auch Palazzo, G.; *Der Mitte der Demokratie. Über die Theorie deliberativer Demokratie von Jürgen Habermas*, Baden-Baden, 2002, Kapitel 4.

²⁹ Vgl. Forst, R.; 1994, S. 179.

³⁰ Apel, K.-O., 2001, S. 78.

³¹ Böhler, "Ethik und Zukunfts- und Lebenverantwortung. Erster Teil: Begründung. Zwischen Metaphysik und Reflexion im Dialog", im Böhler, Brune (hrsg.), *Orientierung und Verantwortung. Begegnungen und Auseinandersetzungen mit Hans Jonas*, Würzburg, Königshausen & Neumann, 2004, S. 151. Über das Öffentlichkeitsprinzip, Vgl. Apel, K.; Böhler, D.; Rebel, K.; *Funkkolleg. Studentexte 3: Praktische Philosophie/Ethik* (zit.), Ss. 859, 860.

mit seinen eigenen Meinungen treffen können (in allgemein, nur mit eine Revolution werden sie abgesetzt).

Es gibt keine Demokratie, wenn wir die Anderen nicht hören oder akzeptieren.

4. Schlußbetrachtung

In pluralistischen Gesellschaften ist der Dissens über inhaltlicher Normen die Regel, und der Konsens die Ausnahme. Aber der politischer Dissens, wie wir sehen könnten, setzt immer ein Konsens voraus, nicht nur im Sinne der Normen der Sprache um diskutieren zu können, sondern auch als Ziel alle demokratisch- parlamentarische Rede und Streite, die die beste Entscheidung über ein spezifischer Norm anzunehmen versuchen. Wenn nicht, seit bereits lange Zeit, hätten wir nicht die Diskurse als Mittel benutzt um der Konsens zu bekommen. Die Benutzung der Sprache, die sich zum Verständigung orientiert, ist das *Originalmodus* der Sprache selbst, und die strategische Benutzung stellt nur ein parasitischer oder abgeleiteter Gebrauch (der Sprache) dar, weil jenes (Orientierung zum Verständigung) muss jedes (strategische Benutzung der Sprache) voraussetzt, um seine eigene Ziele, die Andere beherrschen oder manipulieren zu können³².

Auf dem Basis der transzendentalpragmatische Aufdeckungen argumentativer Diskurs, kann man sehen, dass in die intersubjektivische Kommunikation ist der Konsens, nicht die Konflikten, am wichtigsten. Und das kann auch in Demokratie angewandt werden. Das ist der Ausgangspunkt um die Theorie deliberativer Demokratie verstanden zu beginnen. Wie wir sagten, sucht diese Theorie die Vorstellung einer absolutistischen politischen Einheit nicht, sondern ein diskursives Verfahren anzuwenden um die politische Entscheidung durch die Pluralität demokratischer Formen und Assoziationen zu nehmen. Und das setzt natürlich kritische Gegenseitigkeit voraus.

Auf der Grundlage von allem oben erwähntes, meinen Meinung nach denken die Kritiker, nach denen die Perspektive der deliberativen Demokratie in der Politik nicht erreichbar wäre, nicht richtig über 1- die Voraussetzungen dieser Theorie, besonders die Ergebnisse des reflexives Aufdeckens argumentativer Diskurse durch den transzendentalen Pragmatik der Sprache, und auch 2- dass nur die dialogische Perspektive, und die Gegenseitigkeit, Bedingung der Möglichkeit für alle politische Konflikte, und ihre *mögliche* Lösung, sind. Das ist, endlich, der Grund des rechtsstaatlichen Rahmens der Demokratie. Die Differenzen der Meinungen, und auch die Möglichkeit die

³² Vgl. Habermas, J.; *Theorie des kommunikativen Handelns* (Band 1), Frankfurt, Suhrkamp, 1997, S. 388. und *Wahrheit und Rechtfertigung*, Frankfurt, Suhrkamp, 2004, Ss. 102-104.

solche Differenzen in einem freien und öffentlichen Sinne auszudrücken, sind das Kennzeichen einer Gemeinschaft autonomer Bürgerinnen und Bürger. Nur Totalitarismus (und Diktatoren) akzeptieren nicht Debatten, Kritiken usw. Für die deliberativen Demokratie, bedeuten sie den Ort ihrer eigenen Anwendung (und fördern die Erwägung und die Achtung für anderen, dass das Herz deliberativer Demokratie ist).

Hier steht die Diskursethik meines Erachtens viel besser da, zu deren Fundament ja die – durch Unhintergebarkeitsargumente gesicherte – These gehört, dass Vernunft etwas von Anfang an Soziales ist, dass Vernunft notwendigerweise an Kommunikation und Interaktion in einer Kommunikationsgemeinschaft gebunden ist; eine These, die mit allen Sorten des methodologischen Individualismus unverträglich ist. Wie Apel betont, kann man behaupten, dass heute in der politischen Wirklichkeit die Grundprinzipien der Diskursethik implizit bereits als verbindlich anerkannt sind³³.

Aber das Problem der spezifischen Beziehung zwischen deliberativen Demokratie, einerseits, und Diskursethik, andererseits, ist ein anderes Problem, das eine Arbeit der unabhängigen Forschung erfordert. Das würde genau die folgende Stufe sein.

³³ Vgl. Apel, K.-O.; "Diskursethik vor der Problem von Recht und Politik: Können die Rationalitätsdifferenzen zwischen Moralität, Recht und Politik selbst noch durch die Diskursethik normativ-rational gerechtfertigt werden?", in Apel, K.-O., Kettner, M. (Hrg.); *Zur Anwendung der Diskursethik in Politik, Recht und Wissenschaft*, Frankfurt, Suhrkamp, 1997, S. 31.